

## **Synergieeffekte und Rationalisierungspotentiale durch die Zusammenführung von Aufgaben des Fachbereichs Grünflächen und SWK/GSAK unter dem Dach der SWK nutzen!**

"Nicht nur in Zeiten knapper Kassen ist es notwendig, betriebswirtschaftlich relevante, operative Aufgaben der Verwaltung innerhalb des Konzerns Krefeld, d. h. Stadtverwaltung und alle Unternehmen in städtischem Eigentum, so rationell wie möglich zuzuordnen. Aber eben besonders auch dann", erklärt FDP- Ratsherr Dr. Günther Porst, Aufsichtsratsmitglied der SWK und Sprecher der FDP-Fraktion im Ausschuss für Umwelt, Energie, Ver- und Entsorgung.

Aufgaben könnten von Letzteren oftmals professioneller und per Saldo kostengünstiger ausgeführt werden als von der Verwaltung, so Dr. Porst. "Beispiel Stadtentwässerung. Der Eigenbetrieb Stadtentwässerung hat seine operative Tätigkeit mit Erfolg an SWK übertragen."

Entsprechendes könnte auch auf anderen Feldern erfolgen, z.B. bei Führung und Betrieb von Signalanlagen und Straßenbeleuchtung, im Rahmen eines zentralen Einkaufs oder durch Einrichtung eines Carpools mit gemeinsamer Fahrzeugbeschaffung, Fahrzeugverwaltung sowie Instandhaltung in einer Hand.

Eine weitere Rationalisierungsmöglichkeit bestünde in der Zusammenlegung von Aufgaben der Grünflächenpflege und der Straßenreinigung.

"Die Vorteile liegen auf der Hand. Sie ergeben sich unter anderem durch

- synchrone Ausführung der Pflege von Straßenbegleitgrün und Straßenreinigung sowie Spielplatzreinigung
- gemeinsame Nutzung und Beschaffung von Fahrzeugen und Gerätschaften sowie effizienteren Einsatz von Arbeitsmitteln
- jahreszeitlich bedingte Optimierung des Personaleinsatzes (Winterdienst, Sommerarbeit)
- strukturierte Koordination von Pflege und Pflanzung der Straßenbäume
- koordiniertes Stoffstrommanagement für Grünschnitt,"

erläutert Dr. Porst

Die FDP schlägt vor, entsprechende Aufgaben von Grünflächenamt und SWK (GSAK) unter dem Dach von SWK zusammenzuführen, um die skizzierten Synergien und Rationalisierungspotentiale zu heben. Voraussetzung zur Realisierung sei das positive Ergebnis der Prüfung, unter welchen Voraussetzungen, insbesondere auch steuerlichen Auswirkungen, die Zusammenführung der Aufgaben des Grünflächenamtes und der GSAK erfolgen könne.